



VAdM-Kurier

30. Ausgabe: Januar 2022

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
30. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Januar 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Offener Brief zur aktuellen Lage der deutschen Minderheit in Kasachstan	Seite 2
Staatliche Förderung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen	Seite 2
Antrag AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz	Seite 3
Kolumne: Neues aus dem Osten	Seite 4
Die Reichsgründung 1871 (Teil 8)	Seite 6
Buchbesprechung: Marita Lanfer: Säen bei Nacht - Der Deutsche Widerstand als Auftrag und Erziehung	Seite 8
Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten (Teil 17)	Seite 10
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite 11

editorial

Die große Koalition hat der neuen Berliner Regierung der Ampel nicht nur die Probleme einer unausgegorenen Pandemieüberwindung, sondern auch den derzeit eskalierenden Konflikt um die Ukraine vermacht. Einen Kurswechsel zu einer Deeskalation des Konflikts ist nicht in Sicht: Die US-amerikanische Regierung treibt die NATO in einer Spirale der verbalen und militärischen Gewaltandrohung vor sich her.

Für die neue Dreier-Koalition kam die erste Ohrfeige aus Brüssel in der Sylvesternacht: Die Erklärung der Kernenergie als *klimaneutral*, und das just im gleichen Moment, in dem Deutschland drei Kernkraftwerke vom Netz nahm: Wenn es Bündnis'90/Die Grünen wirklich um ihr Wahlversprechen gegangen wäre, hätten Habeck, Baerbock & Co. die Koalition umgehend verlassen müssen.

Dafür aber gehört Diffamierung von Institutionen und politischen Gegnern zum Hauptgeschäft, wie die konzertierte Aktion gegen die katholische Kirche zeigt: Das Wahlvolk muß ja mit Emotionen, die nichts kosten, die von den wahren sozialen und ökonomischen Problemen ablenken, bei Laune gehalten werden.

Was die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten betrifft, gibt der Koalitionsvertrag wenig her; etwas schwammig formuliert: „Die nationalen Minderheiten – die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, die deutschen Sinti und Roma sowie das sorbische Volk sind selbstverständlich Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Das gleiche gilt für das kulturelle Erbe der Vertriebenen, Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.“

Die Verpflichtung der Bundesrepublik für die deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa bleibt unerwähnt. Der von der großen Koalition geplante Fond zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung auch für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler soll hingegen aufgelegt werden.

An ihren Taten sollt ihr sie messen . . .

Vadim Derksen

Herbert Karl

Ein milder Wintertag

An jenes Waldes Enden,
wo still der Weiher liegt
und längs den Fichtenwänden
sich lind Gemurmeln wiegt;

wo in der Sonnenhelle,
so matt und kalt sie ist,
doch immerfort die Welle
das Ufer flimmernd küsst.

Wenn ich den Mantel dichte
nun legen übers Moos,
mich lehnen an die Fichte



Gezweig' und Kräuter breiten,
so gut ich's finden mag:
Wer will mir's übel deuten,
spiel ich den Sommertag?

Und hat Natur zum Feste
nur wenig dargebracht:
Die Luft ist stets die beste,
die man sich selber macht

Annette von Droste-Hülshoff

Offener Brief zur aktuellen Lage der deutschen Minderheit in Kasachstan

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind eine Bürgerinitiative "für die Gerechtigkeit", die sich zum Ziel setzt, Aussiedlern Hilfestellung zu leisten, um sich in Deutschland schneller zurechtzufinden. Aber auch eine Initiative, die Deutschen aus der ehemaligen UdSSR beim Ausstellen von Ausreiseanträgen hilft.

Was uns jetzt veranlasst hat, an die Öffentlichkeit zu treten, ist die aktuelle Situation in Kasachstan. Es gibt dort Familien, die ihre Aufnahmebescheide bereits erhalten haben und jetzt nicht wissen, wo sie ihr Visum bekommen können. Unklar ist, welche Botschaften noch aktiv sind. Werden weiterhin noch Aufnahmebescheide ausgestellt oder befinden sich diese bereits auf dem Weg?

Derzeit funktioniert die Post in Kasachstan nicht. Gibt es eventuell andere Zustellwege, z. B. über ein Konsulat? Könnte man die bereits gestellten Ausreiseanträge aus Kasachstan nicht vorrangig bearbeiten? Könnte man nicht in diesen besonderen Fällen auf die Zertifikate verzichten?

Wie es derzeit aussieht, hat das Land wesentlich größere Probleme, als nur ein Goethe-Institut am Laufen zu halten.

Es scheint im Moment, dass sich die Friedenstruppen durchsetzen und es im Land etwas ruhiger wird. Es stellt sich allerdings die Frage: Für wie lange?

Wir machen uns große Sorgen um unsere Landsleute.

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Antwort und Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Die Bürgerinitiative "für die Gerechtigkeit", vertreten durch: Albert Breininger

Albert Breininger



Staatliche Förderung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen

Bernd Heiden (Sindelfingen) schreibt in der Dezember-Ausgabe der *Donaudeutsche Nachrichten*, (Folge 5/2021, S. 5):

„Nach zuvor denkbar knappen Abstimmungen in den Ausschüssen fiel das entscheidende Votum deutlich aus: Mit 25 Ja Stimmen gegen elf Nein bei zwei Enthaltungen stimmte eine klare Mehrheit des Gemeinderats für einen Investitionszuschuss über 650 000 Euro für das Haus der Donauschwaben. Nach der Abstimmung gibt's Beifall von den Zuschauerrängen: Zu dieser Entscheidung über Sein und Nichtsein des traditionsreichen, 1970 eröffneten Hauses am Fuße des Goldberg waren Donauschwaben-Vertreter auch aus weiterer Entfernung, etwa Albstadt, angereist sowie Petra Pechbrenner vom Landesinnenministerium [. . .]

Vor dem Hintergrund eines neuen Generationenwechsels sei es sinnvoll, die Patenschaft, die Sindelfingen seit 1964 für die Donauschwaben aus Jugoslawien innehat, neu auszurichten, so der OB [Dr. Bernd Vöhringer]

Neue Zielgruppen

Dabei gehe es darum, die Erinnerungskultur neu auszurichten und sich neue Zielgruppen zu öffnen. Der Mitteleinsatz sei gerechtfertigt, um eine auf Langfristigkeit angelegte Beziehung weiterzuentwickeln. Drei Faktoren träfen zusammen, die für die Investition sprächen: auf die 650 000 Euro der Stadt wolle erstens das Land dieselbe Summe drauflegen. Zweitens gebe es für das Haus ein neues attraktives Konzept mit Öffnung gegenüber neuem Publikum. Und zuletzt sei mit Raimund Haser, seit 2019 Vereinsvorsitzender, die Person da, um dieses Konzept umzusetzen.

Zur Neukonzeption gehörten europäischer Austausch, Würdigung von Flucht und Vertreibung über den Kreis der Donauschwaben hinaus sowie Kontakte knüpfen nach Osteuropa, bewirbt Kulturamtsleiter Horst Zecha den Zuschuss. Von der Tragfähigkeit des Konzepts wie der Finanzierung sei die Verwaltung überzeugt.

(Fortsetzung S. 3)

(Fortsetzung von S. 2)

»Alle loben das tolle Konzept«, widerspricht Stadtrat Andreas Knapp: »Da ist nichts Fundiertes dabei.« Seine FDP-Fraktion stimmt am Ende geschlossen gegen den Zuschuß. Geschlossen dagegen stimmt auch die Linke-Gruppe. Mit den 650 000 Euro könne die von der Verwaltung avisierte Zuschußkürzung um 15 Prozent bei freien Trägern vermieden werden, begründet Linke Stadtrat Richard Pitterle unter anderem seine Ablehnung. AfD-Stadtrat Winfried Meifert enthält sich: Brauchtumpflege sei keine Aufgabe der öffentlichen Hand.“

Soweit Bernd Heiden. Daß das Haus der Donauschwaben saniert werden mußte, steht außer Frage. Lobenswert ist, daß die Stadt Sindelfingen den Vertriebenen und Aussiedlern bei der Sanierung finanzielle Hilfe leistet. Die Vertriebenen aus dem Donauraum haben entsprechend zum Wohlstand der Stadt in über 50 Jahren mit beigetragen. Zudem ist es Usus, die vom Land geförderten Projekte i. d. R. mit dem gleichen Betrag aufzustocken.

Bemerkenswert ist allerdings die *Umfunktionierung der Einrichtung*: Der informierte Leser kann sich nun seinen eigenen Reim daraus machen, was die Folgen der anvisierten neuen Zielgruppen sein werden, was konkret „europäischer Austausch“ und das Knüpfen von Kontakten „nach Osteuropa“ bedeuten werden. Unerwähnt blieben die Förderung und die Einbeziehung der noch im ehemaligen Jugoslawien lebenden deutschen Minderheit. – Wir werden diese Neuorientierung weiterhin kritisch beäugen.

Bei den Fragen der Bezuschussung solcher Einrichtungen und Institutionen kommt aber auch der *parteilpolitische Pferdefuß* zum Vorschein: Es wird allgemein und auch hier Klientelpolitik betrieben, die oft mit hanebüchenen Begründungen einherkommt. So muß aber auch das Argument des AfD-Stadtrats Winfried Meifert: „Brauchtumpflege sei keine Aufgabe der öffentlichen Hand“ auf Unverständnis stoßen, da Vertriebene und Aussiedler bei den letzten Wahlen zahlreich die Alternative für Deutschland wählten.

Nachhilfe für Mandatsträger

„Die AfD bejaht eine Fürsorgepflicht für die im Ausland lebenden deutschen Minderheiten“ (Grundsatzprogramm: Programm für Deutschland, 2016, S. 58) „Ein besseres Verständnis für unsere kulturellen Werte, Traditionen und Geschichte kann Vertrauen schaffen und Deutschland als zuverlässigen Partner empfehlen.

Der Schutz und Ausbau der Sprachkenntnisse in Gebieten mit deutschen Minderheiten erfordern besondere Beachtung und Förderung. Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten und wird deren Interessen im Rahmen ihrer Politik nachdrücklich unterstützen“ (BT-Wahlprogramm: Deutschland. Aber normal, 2021, S. 69).

„Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden“ (BT-Wahlprogramm: Deutschland. Aber normal, 2021, S. 158).

Herbert Karl

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 20. Dezember 2021 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Polen kürzt Mittel für deutsche Minderheit - Auswirkungen auf die Partnerregion Oppeln“.

Begründung:

Bei Beratungen zum Haushalt 2022 stimmte eine Mehrheit im polnischen Sejm für einen Antrag, die finanziellen Mittel für den muttersprachlichen Schulunterricht für die deutsche Minderheit um umgerechnet 8,6 Millionen Euro zu kürzen.

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten. Von besonderem Interesse ist die Beantwortung der Frage, welche Auswirkungen auf die deutsche Minderheit beziehungsweise deren Bemühungen um einen muttersprachlichen Unterricht in der Partnerregion Oppeln zu erwarten sind?

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

300 Jahre Archäologie

Russland ehrt Daniel Gottlieb Messerschmidt

Während sich die Welt am 6. Januar dieses Jahres an den 200. Geburtstag des oftmals als „Vater der Archäologie“ bezeichneten Heinrich Schliemann erinnert, fällt dieser Jahrestag fast exakt mit dem 300-jährigen Jubiläum der wohl erstmaligen Praktizierung der durch den Mecklenburger in der Tat maßgeblich weiterentwickelten Disziplin zusammen: Anfang Januar 1722 grub der deutsche Forschungsreisende Daniel Gottlieb Messerschmidt in Sibirien vermutlich als erster Mensch weltweit aus rein wissenschaftlicher Motivation heraus eine vorgeschichtliche Fundstätte aus und begründete damit das Fach der Archäologie in seinem heutigen Sinne.

Der 1685 in Danzig geborene Sohn eines aus Pommern stammenden Packmeisters wurde nach seinem Studium der Medizin und Naturkunde 1716 dem russischen Zaren Peter dem Großen vorgestellt, der einen begabten Wissenschaftler für die erstmalige wissenschaftliche Erforschung des auch in Russland fast unbekanntes Sibiriens suchte. Anfang 1718 gelangte der junge Deutsche ins noch jüngere St. Petersburg, wo er Russisch lernte und Ende des Jahres seinen offiziellen Forschungsauftrag erhielt: Ihm oblag es, das „Schlafende Land“ im Osten in seiner Gesamtheit zu untersuchen, von der Geographie und Naturkunde über Medizin und Heilmittel bis zu Denkmälern, Altertümern, Sprachen und Ethnographica sowie „allem sonstwie Wichtigen“. Im russischen Winter reiste er mit nicht viel mehr als einem vor Ort oft nur sehr unwillig befolgten Hilfsverlaß des Zaren ausgestattet nach Asien – eine Reise, die ihn bis in die Innere Mongolei und nach Ostsibirien führen sollte und von der er erst acht Jahre später wieder nach Europa zurückkehrte.

Im sibirischen Tobolsk traf Messerschmidt auf seinen Landsmann Philipp Johann Tabbert von Strahlenberg: Der Pommer war als Offizier der schwedischen Armee bei der Schlacht von Poltawa in russische Gefangenschaft geraten und lebte seither in der sibirischen Verbannung, wo er sich ausgiebig mit geographischen und ethnographischen Studien befasste. Die beiden Deutschen verstanden sich prächtig, und so erteilte man ihnen Anfang 1721 die Erlaubnis, das Land gemeinsam zu erkunden, bis der Frieden von Nystad den Großen Nordischen Krieg beendete und schließlich im Mai 1722 eine Rückreise Tabberts erforderlich machte. Während der Expedition beschrieb Messerschmidt ausführlich seine Beobachtungen und zeichnete, erwarb oder sicherte zahlreiche Objekte – Pflanzen und Tiere, Schriftstücke der sibirischen Völker, „Heidnische Satane“, Mammutknochen, Mineralien u.a.m. – und schickte all dies an die Nawa bzw. führte den „Rest“ in 14 Pferdewagen mit sich nach Moskau: Allein die schiere Menge des von ihm für die Wissenschaft gesicherten Materials ist erschlagend!

Dieser Erfolg rief einen gefährlichen Neider auf den Plan: Laurentius Blumentrost, der Leibarzt des Zaren, war über die Medizinische Kanzlei des Hofes auch für die dieser untergeordnete Kunstammer und damit für die Verwaltung der Expedition zuständig. Dies blieb er auch, nachdem er als Präsident die Leitung der neugegründeten Akademie der Wissenschaften übernahm, zu der die Kunstammer fortan gehörte. Spätestens nach Messerschmidts Rückkehr 1727 – Zar Peter war inzwischen verstorben – sabotierte Blumentrost das Wirken des Danzigers nach Kräften. An sich war vereinbart worden, dass der Messerschmidt das von ihm gesammelte Material gemeinsam mit Wissenschaftlern der neuen Akademie bearbeitet, was aber von Blumentrost hintertrieben wurde. Im Ergebnis häufte der unentwegte Feldforscher zwar zahlreiche qualitätvolle Ausarbeitungen seiner Reisen an, darunter eine zehnbändige „Beschreibung Sibiriens“, von denen er aber zeit seines Lebens nichts publizieren durfte. Lediglich Tabbert machte damals von Schweden aus auf die Verdienste Messerschmidts aufmerksam, während man diesem in Petersburg sein versprochenes und ohnehin bescheidenes Gehalt zu einem Großteil vorenthielt und Blumentrost ihn sogar noch unter haltlosen Vorwürfen vor Gericht stellen ließ.

(Fortsetzung S. 5)



(Fortsetzung von S. 4)

Dort freigesprochen, bearbeitete der von den erlittenen Strapazen gezeichnete Preuße seine Sammlungen ohne Gehalt zwei Jahre weiter, bevor er schließlich in seine alte Heimat zurückkehrte. Selbst auf dem Weg dorthin schlug das Schicksal nochmals unbarmherzig zu: Vor Pillau ging sein Schiff unter, wobei er die letzten ihm verbliebenen Aufzeichnungen und seinen gesamten Besitz verlor. Das darniederliegende Danzig bot ihm auch keine Heimat mehr, so dass er zwei weitere Jahre später wieder an die Newa zog, wo er sich bis zu seinem allzu frühen Tod 1735 von Almosen lebend dem weiteren Studium seines Materials widmete. Während seine Arbeiten den weiteren Sibirienforschern als Basis dienten, wurde von all seinen Werken bis vor kurzem lediglich das Expeditionstagebuch veröffentlicht, und zwar in den 1960er und 1970er Jahren in Ost-Berlin – leider mit zahlreichen Fehlern bei der Interpretation des Textes. Seine Sammlungen wurden im Laufe der Jahre auf diverse Museen verstreut, wobei sie zwar oftmals deren Grundstock bildeten, ohne aber mit Messerschmidt in Verbindung gebracht zu werden; ein bedeutender Teil fiel auch dem Brand der Kunstkammer im Jahre 1747 zum Opfer. Erst seit neuestem laufen in deutsch-russischer Zusammenarbeit Bemühungen an, die musealen Stücke ihrem tatsächlichen Entdecker zuzuweisen und die verbliebenen Aufzeichnungen des großen Forschers zu editieren.

An dieser Stelle sei an jene forschungsgeschichtlich wichtige Begebenheit der Messerschmidtschen Expedition erinnert, die sich vor nunmehr genau 300 Jahren ereignete: Von der damals noch jungen russischen Palisaden-Festung Abakan aus, aus der inzwischen die Hauptstadt der traumhaft schönen Berg- und Steppen-Republik Chakassien geworden ist und wo die deutsche Reisegruppe unter dürftigen Verhältnissen ihr Winterlager genommen hatte, ließ Messerschmidt vom 4. bis 6. Januar 1722 ein vermutlich skythisches Grab ausheben, das seinerzeit allerdings schon geplündert war. Tabbert notierte am 6. als Motivation für das Unternehmen ins gemeinsame Expeditionstagebuch: „Die Ursache aber, warumb der Herr Doktor also graben ließ, war diese, daß er gerne wissen wollte, wie und auf wes Art diese Heiden alters ihre Gräber zugerichtet und gebauet, wovon der Herr Doktor einen kleinen Abriß desseinierte.“ Mit anderen Worten: Der Zweck der Grabung war einzig ein reiner Wissensgewinn ohne irgendwelche „praktischen“ Nutzungsgedanken. Dies dürfte den frühesten belegten Fall eines solchen Handelns in der Geschichte der Menschheit darstellen, und man kann dieses Ereignis daher durchaus als eine, ja vielleicht sogar als *die* Geburtsstunde der Archäologie bezeichnen, womit das Fach jetzt seinen 300. Jahrestag beginge.

Als der Verfasser dieser Zeilen Chakassiens Chefarchäologen Boris Amzarakow auf das Jubiläum hinwies, wandte sich der an den Republik-Präsidenten Valentin Konowalow, worauf das Jahr 2022 vom Staat zum „Jahr der Archäologie“ ausgerufen wurde. Dessen krönenden Höhepunkt bildet eine internationale Konferenz zum Gedenken an das Wirken Messerschmidts, die unter der Ägide der Russländischen Akademie der Wissenschaft stattfindet. Als Schirmherr fungiert neben Konowalow selbst Putins hochdekorierter Staatsarchäologe Wjatscheslaw Molodin, dessen vom Moskauer Präsidenten mitausgezeichnete Gattin Natalja Polosmak ebenso im Wissenschaftlichen Komitee der Konferenz vertreten ist wie der dieses Gremium leitende Doyen der russländischen Archäologie, Eremitage-Direktor Michail Piotrowskij, während der russlanddeutsche Direktor des Chakassischen Nationalmuseums, Andreas Gottlieb, seines Zeichens selbst ein engagierter Sibirien-Archäologe, seinen Platz im örtlichen Organisationskomitee fand. Einen historischen Kernvortrag soll während des Kongresses der oben erwähnte deutsche Hinweisgeber halten. Nach drei Jahrhunderten erfährt Daniel Gottlieb Messerschmidt also doch noch jene ihm gebührende Ehrung durch die Wissenschaft, welche ihm zu Lebzeiten versagt geblieben war.

Der Autor dieses Beitrags, Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll, ist studierter Archäologe, Biologe und Ethnologe, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Petroikonologie (= Felsbildforschung) e. V., Korrespondierendes Mitglied der Tuwinischen Archäologischen Expedition der Russländischen Akademie der Wissenschaften und Leiter des Arbeitskreises Ostdeutscher Naturforscher A. V.

Aquarellierte Zeichnungen Messerschmidts zu einigen seiner archäologischen Funde.

Skulptur Daniel Gottlieb Messerschmidts im sibirischen Chantty-Mansijsk (Foto: irkipedia.ru)



Die Reichsgründung 1871:

Die Einigung Italiens und die „Neue Ära“ in Preußen

Teil 8

Die Überwindung der 1848er Revolution hatte keines der wirklich brennenden nationalen Fragen in Europa lösen können, dabei waren die nationalen Bewegungen – insbesondere die italienische und die deutsche – durchaus vergleichbar, aber in Norditalien trennten Welten diese. Die Gegensätze in Bezug auf das Staatsrechts – der Zugehörigkeit der italienischen Einzelstaaten zum Deutschen Bund – waren unüberbrückbar.

Artikel I. der Bundesakte des Deutschen Bundes besagte nicht nur für Preußen, sondern auch für Österreich, daß diese

„für ihre gesamte vormals zum Deutschen Reich gehörigen Besitzungen«, dem Bund beitreten. Dies war aber nicht eindeutig, da ja kein Zweifel daran bestand, daß die Lombardei bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört hatte“ (Lutz, S. 18).

Somit lag es im Ermessen des österreichischen Kaisers über deren Aufnahme oder Nichtaufnahme zu entscheiden: Am 6. April 1818 informierte der österreichische Vertreter den Bundestag über den Ausschluß der Lombardei,

„diese in strenger Folge des Artikels I. der Bundesakte, in die Reihe der jetzt zum deutschen Bunde gehörenden Theile der Oesterreichischen Monarchie aufnehmen könnten, so ziehen jedoch Seine Majestät vor, den erwähnten Artikel I. nicht in dieser streng begründeten Ausdehnung aufzufassen. Seine Majestät wünschen andurch dem deutschen Bunde zu bewähren, wie wenig es in Ihrer Absicht liege, dessen Verteidigungslinie über die Alpen auszudehnen“ (Lutz, S. 19, er rekurriert auf die Protokolle 5 des Bundestages, S. 22)

Mit den weiteren habsburgischen Erbländern kamen im Trentino, in Görz, Triest und Istrien Regionen mit einer zahlreichen italienischsprechenden Bevölkerung in den Deutschen Bund. Staatskanzler Metternich, mit seinem feinen Gespür für nationale Befindlichkeiten, sah Handlungsbedarf, er versuchte den aufstrebenden „Nationalgeist“ mit einer *Legia Italica* zu kanalisieren; dieses Projekt scheiterte aber in der aufgeheizten Stimmung vor 1848.

Die Gegensätze prallten immer stärker aufeinander: Auf der italienischen Halbinsel empfand man die österreichische Herrschaft zusehends als eine deutsche Fremdherrschaft: Dies könnte nicht, so der Protagonist Giuseppe Mazzini, als eine bei Revolutionen vielbeschworenen »Brüderlichkeit der Völker« durchgehen.

Auch die Mittelmeerrevolutionen 1848/49 brachten nicht die Lösung der italienischen Frage. Piemont-Sardinien mit seiner liberalen Verfassung wurde zum Wortführer der italienischen Einigungsbewegung. Noch 1857 versuchte der österreichische Handelsminister mittels eines *erweiterten* Zollgebiets, das den Deutschen Bund, das gesamte Habsburgerreich und die italienischen Staaten, mit der Ausnahme Piemonts, umfaßte, zu gewinnen. Letzterem gelang es durch diplomatische Schachzüge dies zu verhindern. Camillo Benso Graf di Cavour, der piemontesischen Ministerpräsident, war zu dieser Zeit schon längst im Kontakt mit dem französischen Kaiser.

Napoleon III., der Neffe des großen Korsen, kam nach dem Orsini-Attentat auf ihn ins Grübeln über die von diesem reklamierte italienische Unabhängigkeit. Bei einem Treffen in Plombières wurde die gemeinsame diplomatische und militärische Marschrichtung gegen Wien festgezurr:

„Wenn es Piemont gelänge, die Österreicher zum Krieg zu provozieren, etwa durch einen Aufstand im Herzogtum Modena, in den einzugreifen es gezwungen wäre, das heißt, wenn es gegen Österreich Krieg machte derart, daß man Österreich die Schuld daran zuschieben könnte, so würde Frankreich eingreifen. Die Lombardei und Venetien sollten dann mit Piemont vereinigt werden, das übrige Italien aus drei Staaten bestehen, Neapel und einem zu organisierenden mittleren Reich (vielleicht unter einem Bonaparte?) und Rom“ (Mann, S. 536).

(Fortsetzung S. 7)

(Fortsetzung von S. 6)

Als Napoleon III. versuchte, für Frankreich auch Savoyen zu gewinnen, winkte Cavour ab, dies wäre sekundär. Dieser handelte nach seiner Aussage:

„es gibt in Europa drei Mächte, die an der Zerstörung des Status quo interessiert sind, nämlich Frankreich, Rußland und Preußen; und es gibt zwei Mächte, die an der Erhaltung des Status quo Interesse haben: Österreich und England. Ich bedaure, daß die ersten drei Mächte nicht liberal sind, aber was tun? Ich kann nicht mit den beiden anderen zusammengehen.“ (Mann, S. 535)

Die weitere Entwicklung in Italien entsprach dann fast genau diesem Plan: Auch wenn es in Frankreich keine große Kriegsbereitschaft gab, die Bischöfe und die britische Königin vor einer Eskalation warnten, Napoleon selbst etwas kalte Füße bekam, übernahm Cavour die Initiative: Er nutzte die revolutionäre Stimmung, rüstete auf und nahm „Freiwillige“, vor allem aus der Lombardei in eigens gegründete Freischärlertruppen auf.

Nach antiösterreichischen Ausschreitungen in Turin stellte Österreich ein Ultimatum und ging militärisch gegen Piemont vor, Frankreich griff in den entfesselten Krieg ein: In Magenta und Solferino erlitten die Österreicher empfindliche Verluste und zogen sich zurück. Die Reaktion des Deutschen Bundes war verhalten, allerdings mobilisierte Preußen am Rhein und der Zar warnte Napoleon vor einem preußischen Einmarsch: Der Friede von Zürich begründete das souveräne Italien unter Cavour und Piemonts Führung.

Die italienische Nationalbewegung war vielschichtig; sie

„umfaßte ein breites Spektrum von Gruppen und Richtungen: vom Adel bis zum Kleinbürgertum, von den republikanischen und sozialistischen Strömungen, in deren Mittelpunkt Mazzini stand, bis zu der konservativen, neoguelphischen Richtung, die die weltliche Herrschaft des Papstes erhalten wollte. Die antiösterreichische Orientierung war durchgehend; maßgebend für die Richtung der Ereignisse von 1859/60 wurde der Anschluß der starken Mittelgruppen an die von Cavour erfolgreich geführte Politik der Turiner Regierung. Weit über Italien hinaus gewann dies neuartige und wirkungsvolle Zusammengehen einer etablierten Staatsführung mit einer revolutionären Volksbewegung unter nationalem und liberalem Vorzeichen Modellcharakter. An der italienischen »Società nazionale« orientierte sich der 1859 gegründete »Deutscher Nationalverein« (Lutz, S. 411f.).

Durch den Krimkrieg und die Niederlage Österreichs im italienischen Krieg und die damit vollzogene Einigung Italiens entstand eine neue außenpolitische Situation, diese schlug sich in der *deutschen* Verfassungspolitik, aber auch in der *preußischen* Innenpolitik nieder. Ausgelöst wurde diese Perspektive durch die aggressive Politik Napoleons III., der sich auf das *Nationalitätenprinzip* berief.

Am 7. Oktober 1858 übernahm Prinz Wilhelm die Regentschaft für seinen erkrankten Bruder Friedrich Wilhelm IV. und ersetzte das konservative Kabinett Manteuffel durch Politiker der „Wochenblattpartei“, die bereits früher zum Teil dem liberalkonservativen *Koblenzer Kreis* des Prinzen angehörten. Die bedeutendsten Persönlichkeiten des neuen Kabinetts Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen waren Moritz August von Bethmann-Hollweg, Alexander von Schleinitz, Eduard von Bonin: Die Regierungsperiode des Kabinetts wurde früher die *liberale Ära* genannt, die neuere Geschichtsschreibung nennt sie hingegen *Neue Ära*.

Der *Deutsche Nationalverein* wurde unter dem Eindruck der Neuen Ära am 15./16. September 1859 in Frankfurt am Main, der Stadt der *Paulskirche*, gegründet. Die wichtigsten Mitglieder waren Rudolf von Bennigsen, Feodor Streit, der einzige Demokrat unter all den Liberalen, Hermann Schulze-Delitzsch und Ludwig von Rochau. Die der Gründung vorausgegangene *Eisenacher Resolution* (14. August 1859) besagte, daß die Mitglieder zusammenfanden,

(Fortsetzung S. 11)

Marita Lanfer

Säen bei Nacht – Der Deutsche Widerstand als Auftrag zur Erziehung

Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2021

Besprechung von Gabriele Kuby

„Volk“, „Nation“, „Vaterlandsliebe“, „preußische Tugenden“, „Ehre“, „Pflicht“ – diese Begriffe in ihrem sinngebenden Kontext positiv zu gebrauchen, kommt einer vorsätzlichen Selbst-Cancellation aus dem öffentlichen Diskurs gleich. Aber gerade sie bezeichnen die Werte und Ideale, die Zehntausende Deutsche dazu gebracht haben, gegen das nationalsozialistische Verbrecherregime aufzustehen, sei es mit einem verweigerten Hitlergruß oder einer militärischen Verschwörung, und dafür ihr Leben zu opfern.

Die „deutsche Schuld“, als singulär in der Weltgeschichte eingestuft, ist zum zentralen Merkmal deutscher Identität geworden. Der mit über einer Milliarde staatlich finanzierte „Kampf gegen Rechts“ erscheint den Heutigen als Bewältigungsstrategie dieser Schuld und wird im Selbstverständnis etwa der Antifa als „Mut“ und heroischer Widerstand verbucht.

Ein naiver Betrachter der Geschichtsläufe würde vermuten, dass ein Volk, welches sich ununterbrochen der furchtbaren Verbrechen der Nazi-Diktatur anklagt, jenen Denkmäler setzt, die im Kampf gegen diese Diktatur ihr Leben gelassen haben – in den Geschichtsbüchern, Filmen, Straßennamen, Gedenktagen, Museen. Er würde vermuten, dass sie der nachwachsenden Generation als Vorbilder nahegebracht würden, damit auch sie die Kraft aufbringen könnten, die Freiheit in der Gegenwart zu verteidigen, denn Freiheit ist immer bedroht und muss von jeder Generation neu errungen werden.

Aber weit gefehlt!

Wer an die Werte der Widerstandskämpfer erinnert, läuft Gefahr, als politisch unkorrekt betrachtet zu werden, und bringt den, der sich trotzdem erinnert, in den Verdacht der Rechtslastigkeit.

Diesem Risiko setzt sich Marita Lanfer, Autorin des Buches Säen bei Nacht – Der Deutsche Widerstand als Auftrag zur Erziehung, unerschrocken aus. Sie schreibt: „Es ist paradox. Was die hier vor Augen geführten Persönlichkeiten des Deutschen Widerstandes an Prägungen und Überzeugungen zu ihrer vorbildlichen Haltung in politisch dunkelsten Jahren führte, würde ihnen heute mehr oder weniger als Beweis einer nicht gänzlich überwundenen nationalsozialistischen Einfärbung ausgelegt.“

Dieses Paradox ist Ausdruck des pathologischen Selbstverständnisses der Deutschen, die ihr Geschichtsbewusstsein auf die zwölf Jahre der Nazi-Diktatur beschränken.

Marita Lanfer war Lehrerin und leidenschaftlich am Wohl ihrer Schüler interessiert. Vierzig Jahre lang hat sie den beispiellosen Niedergang des deutschen Bildungssystems miterlebt. Sie litt mit ihren Schülern, die in den zerbrochenen Familien und den „Pippi Langstrumpf-Schulen“ keinen Halt, keine Orientierung, keine Charakterbildung, keine Vorbilder mehr fanden, und wagt es mit diesem Buch, Ihnen die Männer des Deutschen Widerstandes als Vorbilder vor Augen zu führen. Was hat diese Männer geprägt? Was waren ihre Kraftquellen? Wie war es möglich, dass sie mit erhobenem Haupt, ja triumphierend in den Tod gingen? Triumphierend, weil sie sich dem, was ihnen ihr Gewissen gebot, rückhaltlos ausgeliefert hatten.

(Fortsetzung S. 9)



(Fortsetzung von S. 8)

Wer kennt noch die Namen: Philipp Freiherr von Boeselager, Henning von Tresckow, Ewald von Kleist-Schmenzin, Graf Schulenburg, Adam von Trott zu Solz, Hans von Wedemeyer, Peter Graf Yorck von Wartenburg, Carl Dietrich von Trotha, Hans von Dohnanyi, Justus Delbrück, Carl-Hans Graf von Hardenberg, Dietrich Bonhoeffer, Klaus Bonhoeffer, Ernst von Borsig, Julius Leber, Pater Alfred Delp und Pater Rupert Mayer? Allenfalls dürften noch die Geschwister Scholl und Graf von Stauffenberg einen Schimmer der Erinnerung auslösen. Fast alle namhaften Widerstandskämpfer entstammen dem Adel und dem Bildungsbürgertum, was heute ein Grund ist, sie zu vergessen, wenn nicht zu desavouieren.

Die Quellen ihrer Kraft waren die Herkunftsfamilie, ihre charakterliche Erziehung in Elternhaus und Schule, die Jugendbewegung, die Liebe zur Heimat und zum Vaterland, das geistig-kulturelle Erbe an Musik, Literatur und Geschichtsbewusstsein. „Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die rechte Haltung“ schreibt Klaus Bonhoeffer im Abschiedsbrief an seine Kinder.

Die Erziehung vermittelte ihnen feste Normen und Werte. Der Vater war kein Kumpel, sondern Vorbild und Autorität, der sie dazu erzog, „das als wahr Erkannte bedingungslos über das eigene Wohl zu stellen und allein der Autorität des Gewissens zu gehorchen.“

Die Mütter wurden geliebt und verehrt. Sie waren gebildete, ebenbürtige Weggefährtinnen ihrer Ehemänner. Dietrich Bonhoeffer schreibt aus der Zelle: „Es ist der Beginn der Auflösung und des Zerfalls aller menschlichen Lebensordnungen, wenn das Dienen der Frau als Zurücksetzung, ja als Kränkung ihrer Ehre angesehen wird.“ Die Liebe zu ihren Ehefrauen und ihren Kindern, denen sie Vorbild sein wollten, so wie ihre eigenen Eltern ihnen Vorbild gewesen waren, trugen sie durch die Wüste der Einsamkeit in der Zelle. „Mein Herz“, schreibt Graf von Moltke an seine Frau, „binde das Seil, an dem Du über den Strom steuerst, an die Pflöcke ‚Dank‘ hinter Dir und ‚Glaube‘ vor Dir, so wirst Du schon irgendwie über den Strom kommen.“

Diese Frauen hielten aus Sorge um ihre eigene Zukunft ihre Männer nicht zurück, ihrem Gewissen zu folgen, vielmehr gaben sie ihnen Kraft, indem sie ihren Weg bis unter das Kreuz mitgingen und ihr eigenes Lebensglück opferten. Die Ehefrau von Helmut Graf von Moltke schreibt ihm in die Todeszelle: „Ich möchte auch die schwarzen Stunden immer weiter mit Dir teilen, da ich doch auch so viel Herrliches mit Dir erleben darf. Denke nie, Du könntest mich mit irgendetwas belasten.“

Das tiefste Fundament des Lebens und Sterbens der Widerständler war jedoch der von Kindheit an gelebte christliche Glaube, der ihnen im Angesicht der bevorstehenden Hinrichtung die Gnade außerordentlicher Gottesnähe schenkte.

Auch wenn ihre Frauen ihre größte menschliche Stütze waren, mussten die zum Tode Verurteilten den letzten Weg doch allein gehen und bestehen. Ihre Briefe aus der Todeszelle zeugen von der totalen Auslieferung an den Willen Gottes, was sie „hinaufriss in die Höhe unanfechtbarer Gnade“, wie die Autorin formuliert. Pater Alfred Delp, dem von der Gestapo das Angebot der „Freilassung gegen Ordensaustritt“ angeboten wurde, lehnte trotz schwerer Folter ab. Er erlebte „den großen Trost, den nur der kennt, der die innersten und äußersten Grenzen des Daseins abgeschritten ist.“ In seinem Abschiedsbrief am Tag seiner Hinrichtung, dem 2. Februar 1945, schreibt er: „Ich will mir Mühe geben, als fruchtbarer Samen in die Scholle zu fallen, für Euch alle und für dieses Land und Volk, dem ich dienen und helfen wollte... Es sollen einmal andere besser und glücklicher leben dürfen, weil wir gestorben sind.“

Unsere Zeit verweigert die Annahme dieses Erbes. Sie erkennt nicht einmal mehr seinen Wert. Politiker verlassen sich auf sich selbst, sie meinen, sie bräuchten nicht mehr die Hilfe Gottes, um die Geschicke eines Volkes zu lenken. Sie kennen keine Instanz über sich, der sie Rechenschaft schuldig sind. Das ist gefährlich.

„Ist es nicht heute an uns, statt uns zu willigen Mitläufern machen zu lassen, von neuem hellwach zu werden und damit endlich das Erbe des Deutschen Widerstandes anzutreten?“, fragt Marita Lanfer. Ja, es ist an uns. Derzeit erwacht massenhaft der Widerstand gegen totalitäre staatliche Anmaßung. Möge das in so schöner Sprache geschriebene Buch von Marita Lanfer dazu beitragen, den Samen des Deutschen Widerstandes heute fruchtbar werden zu lassen.

467 Seiten

ISBN 978-3-87336-724-1

Klappenbroschur, DIN A5

Preis: 19,90 Euro

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag

ghv@va-mainz.de oder
gerhard-hess-verlag@web.de

Eine weitere Buchempfehlung auf S. 11

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 17

Die Hungersnot der Wolgadeutschen Anfang der 1920er Jahre blieb mit ihren zehntausenden Toten im allgemeinen Gedächtnis: Noch in den 1980ern sangen die Nachfahren der unmittelbar Betroffenen das

„triste Lied ad notam der Stenka-Rasin-Romanze »Wolga, Wolga, Mutter Wolga«:

Neunzehnhunderteinundzwanzig

war für uns ein schweres Jahr.

Viele Menschen sind verhungert

Und verfroren – das ist wahr

Das Getreide auf dem Felde

War verbrannt schon vor der Zeit

Und es waren ohne Hoffnung

Ringsum alle Bauersleut.“

(Dalos, S. 111f.).

Diese Katastrophe in einem landwirtschaftlich durchaus ertragreichen Gebiet konnte die Erlebnisgeneration kaum erfassen. Wie gesehen, gab es für diese Katastrophe zwei Hauptgründe: Die ausbleibenden Niederschläge in dem Getreidelebenszyklus während der ersten Wachstumsphase und eine Trockenperiode in der zweiten Wachstumsphase. Hinzu kam zweitens, die Ausbeutung sämtlicher Lebensmittelreserven durch die Revolutionstruppen, die durch die von der Moskauer Regierung angeordneten Requirierungen noch angefeuert wurden.

Die Hungerkatastrophe überdeckte die politische Zielsetzung der deutschen Kolonisten: Die *Erlangung der Autonomie* im sowjetischen Riesenreich. Allmählich wurden die Territorialfragen mit den Gouvernements Samara und Saratow bereinigt: Der Arbeitskommune wurden noch einige Gebiete zugeschlagen, so daß diese letztendlich 25.500 Quadratkilometer mit 527 000 Einwohnern (davon waren 67,5 % Deutsche) umfaßte.

Ende Dezember 1923 wurde die Sozialistische Autonome Sowjetrepublik der Deutschen im Wolgagebiet mit einer eigenen Regierung (Rat der Volkskommissare) mit der Hauptstadt Pokrowsk, das 1931 in *Engels* umbenannt wurde, gegründet; die Amtssprache wurde Deutsch. Daß dies ein Kalkül war, war mit Blick auf die politische Situation in der Anfangsphase der Weimarer Republik zu erklären. Aber auch der von den sowjetischen Machthabern ausgeworfene Köder eines „kleinen »sozialistischen Deutschland« an der Wolga“ (Dalos, S. 112) wurde vom deutschen *Proletariat* auch in dem Inflationsjahr 1923 nicht geschluckt.

Die deutschen Kolonisten im Wolgagebiet gerieten 1941 mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht erneut in den Fokus der Moskauer Kommunisten: Der Leidensweg der Rußlanddeutschen ging mit der *Deportation* nach Zentralasien weiter.

An diese Deportation werden wir in einer weiteren Staffel erinnern.

(Fortsetzung von S. 7)

„um sich über die Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Verfassung und die zur Errichtung eines solchen Zieles erforderliche gemeinschaftliche Tätigkeit zu verständigen [. . .]

1. Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes [. . .]
2. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands, und sie können durch eine schleunige Änderung dieser Verfassung beseitigt werden [. . .]
4. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die wirksamsten Schritte zur Erreichung dieses Zieles nur von Preußen ausgehen; es ist daher dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme“ (Deutsche Geschichte, S. 393f.).

Diese angestrebte *kleindeutsche* Lösung der deutschen Frage unter der Führung Preußens konnte nur über die Konstellation einer tatkräftigen und entschlossenen Regierung zum Erfolg führen: Das Kabinett Hohenzollern-Sigmaringen der Neuen Ära trat aber bereits am 12. März 1862 zurück und wurde am 17. März 1862 durch das Kabinett Hohenlohe-Ingelfingen abgelöst. Der Deutsche Nationalverein verlor damit seinen Einfluß auf die Exekutive, im Zuge der an der gescheiterten Heeresreform verursachten Verfassungskrise, übernahm Otto Graf von Bismarck am 23. September 1862 die Regierungsgeschäfte. *Literatur:*

Golo Mann: Politische Entwicklung Europas und Amerikas 1815-1871, in: Golo Mann (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte: Eine Universalgeschichte, Band 8, Berlin; Frankfurt a. M. 1991.

Padevet, Jiri: Blutiger Sommer 1945.

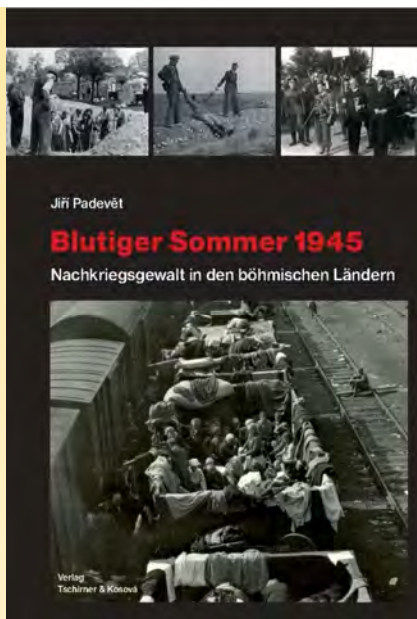
Nachkriegsgewalt in den böhmischen Ländern.
Gebunden, 736 Seiten, 24 x 17 cm, 4.500 gr, in deutscher Sprache. 020, Verlag Tschirner & Kosova.
ISBN: 978-3-00-065967-6. **49,80 EUR**

Zum Inhalt:

In diesem Buch findet der Leser Informationen über die Gewaltakte, die zwischen Mai und August 1945 auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik an Deutschen verübt wurden. Es geht um Ereignisse, die mit der „wilden Vertreibung“ der Deutschen in Böhmen und Mähren verbunden sind. Thematisiert werden auch Vorgänge, bei denen sowohl Soldaten der Roten Armee als auch anderer auf dem Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei operierenden Armeen zu den Tätern gehörten. Alle Ereignisse sind in Form von topographischen Stichworten dargestellt und werden vom Autor nicht bewertet oder kommentiert. Hier wird lediglich beschrieben, was an dem angegebenen Ort passiert ist. Bei der Lektüre wird klar, dass die vom nationalsozialistischen Deutschen Reich in Gang gesetzte Gewaltmaschinerie am 8. Mai 1945 nicht endete, sondern sich weiter fortsetzte - wenn auch mit anderen Akteuren in der Täter- beziehungsweise Opferrolle. Der Text in diesem Buch wird durch umfangreiches Bildmaterial bereichert.

Autor:

Jiří Padevět wurde 1966 in Prag geboren. Er studierte Geodäsie und Management, das Lehramtsstudium hat er abgebrochen. Seit 1988 arbeitet er als Buchhändler, und seit 2006 ist er Direktor des Verlags Academia. Privat beschäftigt er sich mit der Geschichte der böhmischen Länder zwischen 1938 bis 1953, vor allem in der Beziehung zu Deutschland. Ebenfalls widmet er sich dem Studium des Holocaust und des Genozides an den Roma. Er ist zum zweiten Mal verheiratet, aus der ersten Ehe hat er zwei Töchter.



HOH(L)SPIEGEL:

Auszug aus einem Leserbrief :
„Könnten Sie mir bitte eine Auflistung der potentiellen Reiseziele in Europa und darüber hinaus zukommen lassen?“
In den nächsten Kurierausgaben werden wir diesem Wunsch entsprechen
HK

Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de